



## Informationen der EVP zu den Abstimmungen und Wahlen vom 5. Juni 2016

### Abstimmungen der Stadt Zürich (6 Vorlagen)

(Der Vorstand der EVP Stadtpartei konnte wegen anderweitiger starker Beanspruchung nicht alle städtischen Vorlagen behandeln. Bei den nicht behandelten Vorlagen stelle ich die Argumente pro und contra und die Parolen der Gemeinderatsparteien dar, verbunden mit meiner persönlichen Sicht.)

#### **1. Fr. 239 Mio. für Renovation/Umbau Kongresshaus und Tonhalle sowie Entschuldung der Trägerschaft; neuer jährlicher Beitrag an die Kongresshausstiftung von Fr. 2.9 Mio. und Erhöhung des jährlichen Beitrags an die Tonhalle-Gesellschaft von Fr. 17 auf Fr. 19.5 Mio.**

Nach der Ablehnung des von Architekt Moneo entworfenen Neubaus für das Kongresshauses in der Volksabstimmung vom Juni 2008 musste die Zukunft von Kongresshaus und Tonhalle neu geplant werden. Die Gebäude sollen so renoviert und umgebaut werden, dass sie sich besser nutzen lassen, z.B. auch für gleichzeitig stattfindende verschiedene Veranstaltungen und mit der Möglichkeit, durch Videoübertragung Kongresse mit bis zu 2500 Teilnehmern durchzuführen. Denkmalpflegerisch wird der Bau erhalten und aufgewertet. Der später hinzugebaute und als Fremdkörper empfundene Panoramasaal wird abgebrochen und durch ein öffentlich zugängliches Restaurant ersetzt. Ein neuer Saal wird zum General-Guisan-Quai hin gebaut. Da sich bei der bisherigen Betriebsgesellschaft für das Kongresshaus Defizite angehäuften, muss eine Entschuldung durchgeführt werden, und weil auch der künftige Betrieb kaum kostendeckend gestaltet werden kann, wird neu ein Betriebsbeitrag an das Kongresshaus ausgerichtet, und jener für die Tonhalle wird erhöht.

**Parole des Stadtparteivorstands: Ja.** Alle im Gemeinderat vertretenen Parteien ausser der SVP haben dieser Vorlage zugestimmt. Das Konzept für die Sanierung von Kongresshaus und Tonhalle überzeugt, auch wenn die Sache sehr kostspielig ist. Nicht zuletzt ist dies auch eine Konsequenz aus der Ablehnung des Moneo-Neubaus, der andere Möglichkeiten eröffnet hätte. Der Vorteil der jetzigen Lösung ist aber der Erhalt und die Aufwertung des denkmalpflegerisch sehr wertvollen Kongresshauses, verbunden mit einer deutlichen Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten für Kongresshaus und Tonhalle.

#### **2. Errichtung einer öffentlichrechtlichen Kongresshaus-Stiftung**

Die heutige Kongresshaus-Stiftung ist eine privatrechtliche Stiftung, die 1937 durch die Stadt und die Tonhallegesellschaft gegründet wurde. Diese Stiftung arbeitete insgesamt mit Verlust, die Stadt hat sie in der Vergangenheit immer wieder finanzieren müssen. Damit die Stadt in der Stiftung den Einfluss erhält, der ihrem finanziellen Engagement entspricht, soll die bestehende Stiftung durch eine öffentlich-rechtliche Kongresshausstiftung abgelöst werden. Sie untersteht allgemeinen Aufsicht des Stadtrats und der Oberaufsicht des Gemeinderats.

**Parole des Stadtparteivorstands: Ja.** Auch dieser Vorlage haben alle Parteien ausser der SVP zugestimmt. Nach dem Grundsatz, dass, wer zahlt, auch bestimmen soll, was geschieht, ist die geplante Stiftung unter der Aufsicht der politischen Organe der Stadt sinnvoll.

#### **3. Objektkredit von Fr. 23.6 Mio. für einen Neubau (Haus B) im Pflegezentrum Bombach**

Im Pflegezentrum Bombach soll der sanierungsbedürftige Anbau neben dem Haupthaus durch einen Neubau ersetzt werden. Es sind darin vor allem Zimmer für demenzkranke Menschen vorgesehen.

**Parole des Stadtparteivorstands: Ja.** Diesem Kredit haben alle Parteien im Gemeinderat zugestimmt. Der Neubau ist notwendig und sinnvoll, es kann ihm ohne weiteres zugestimmt werden.

#### **4. Ausstieg der Stadt aus der Kernenergie**

Die Stadt Zürich besitzt 15 % der Aktien des Kernkraftwerks Gösgen und 20.5 % der Aktien der AKEB (Aktiengesellschaft für Kernenergiebeteiligungen Luzern), die Strom aus französischen Atomkraftwerken und aus dem Atomkraftwerk Leibstadt bezieht und an Abnehmer in der Schweiz vermittelt. Diese Beteiligungen wurden anfangs der 70iger Jahre des letzten Jahrhunderts in Volksabstimmungen befürwortet. Gemäss aktueller Strategie der Stadt soll das ewz künftig die Versorgung ohne Kernenergie sicherstellen, d.h. die Beteiligungen an den Atomkraftwerken und der Zukauf von Strom aus diesen sollen eingestellt und durch Strom aus Wasserkraftwerken und neuen Energien ersetzt

werden. Mit der vorgesehenen Änderung der Gemeindeordnung soll dieser Ausstieg fix auf 2034 festgesetzt werden: „Die Beteiligung der Gemeinde an Atomkraftwerken sowie der Bezug von Atomstrom sind längstens bis zum Jahr 2034 zulässig.“

**Parole des Stadtparteivorstands: (vgl. oben).** Innerhalb der EVP wird grundsätzlich der Ausstieg aus der Atomenergie („Kernenergie“) befürwortet. Die EVP hat auch im Gemeinderat der Strategie des Stadtrats zugestimmt, grundsätzlich wenn möglich bis anfangs der 2030er-Jahre aus der Atomenergie auszusteigen. Betrachtet man die heutige Stromversorgung der Stadt Zürich, erscheint dies nicht als völlig unrealistisch: Das ewz konnte 2015 zusammen mit seinen Partnerwerken und Bezugsrechten den Strombedarf der Stadt Zürich von etwa 3'000 Gigawattstunden im Wesentlichen mit Wasserkraft (2989 GWh) und Alternativenenergien (ca. 313 GWh) decken. Das berücksichtigt allerdings künftige Entwicklungen nicht, ebenso wenig den unterschiedlichen Energiebezug im Sommer und im Winter. Etliche Konzessionen der Stadt für Wasserkraftwerke im Bündnerland laufen demnächst aus, und es ist noch nicht klar, ob diese weiterhin bei der Stadt bleiben. Der Anteil der Alternativenenergien ist sodann immer noch verschwindend klein (313 GWh!) und es ist nicht ersichtlich, wie sie die heutige Produktion von 2'260 GWh Atomstrom ersetzen sollen. Grundsätzlich dürfte deshalb wohl die bisherige Strategie des Stadtrats, aus der Atomenergie auszusteigen, ohne eine zwingende zeitliche Limite zu setzen, sinnvoller sein als eine Fixierung auf das Jahr 2034. Diese Fixierung engt den Handlungsspielraum auch marktwirtschaftlich sehr stark ein und führt dazu, dass die Stadt ihre Beteiligungen wohl zu einem Tiefstwert verkaufen muss. Sie führt hingegen nicht dazu, dass auch nur eine Kilowattstunde weniger Atomstrom produziert würde. Sie ändert auch nichts daran, dass für die Lagerung der Atom-Abfälle, die in den vergangenen 40 Jahren produziert wurden, eine Lösung gefunden werden muss, an der sich auch die Stadt beteiligen muss! Im Gemeinderat haben SP, GP, AL und GLP der Vorlage zugestimmt, FDP, CVP und SVP haben sie abgelehnt.

## **5. „Rationelle Verwendung von Elektrizität“ – Teilaufhebung des sog. Stromsparbeschlusses**

### **6. Verordnung über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen des ewz, Neuerlass**

Die beiden Vorlagen 5 und 6 gehören zusammen, es kann aber zu beiden unabhängig voneinander Ja oder Nein gestimmt werden. Der Stromsparbeschluss von 1989 soll weitgehend aufgehoben werden. Er enthält energiepolitische Ziele und Fördermassnahmen, die heute in Art. 2ter der Gemeindeordnung festgehalten sind. In einzelnen Punkten (Vorfinanzierung von Fördermassnahmen) widerspricht er dem kantonalen Recht. Er soll deshalb weitgehend aufgehoben werden. Bestehen bleibt im Wesentlichen noch die Bestimmung, dass das ewz einen Reinertrag von 6 bis 9 % des Umsatzes erzielen soll. In der Verordnung über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen des ewz sollen neu die Fördermassnahmen für eine effiziente Energienutzung und für die Förderung der Alternativenenergien und die Reduktion der Treibhausgase geregelt werden. Zur Finanzierung wird auf dem Strompreis eine Gebühr von maximal 2 Rappen und minimal 1 Rappen erhoben (bei einem Verbrauch von etwa 3'000 GWh in der Stadt ergeben sich daraus 30 bis 60 Mio. Franken). Dieses Geld fliesst in den Energiesparfonds und damit sollen wie bisher Projekte und Tätigkeiten wie die Energieberatung, Rückvergütungen für Energieeffizienz, Beiträge an erneuerbare Energiequellen usw. finanziert werden.

**Parole des Stadtparteivorstands: vgl. oben.** Den Grundzügen dieser Änderungen haben alle Parteien zugestimmt. Die FDP, die CVP und die SVP haben am Schluss jedoch die neue Verordnung über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen abgelehnt, weil sie keine Untergrenze von 1 Rappen für die Äufnung des Stromsparfonds wollten. Sie sprachen sich für einen Beitrag von 0 bis 2 Rappen aus, damit der Stadtrat den Beitrag auch stoppen kann, wenn genügend Geld im Fonds vorhanden ist. Damit haben sie grundsätzlich recht: Dem Stadtrat kann zugetraut werden, dass er genügend vernünftig ist, den Beitrag immer so festzulegen, dass der Stromsparfonds seine Aufgaben erfüllen kann. Andererseits werden die mit dem Fonds geförderten Projekte in absehbarer Zeit einen Beitrag von mindestens einem Rappen erfordern, weshalb der an sich sinnvollen Verordnung zugestimmt werden kann.

## **Abstimmungen des Kantons (1 Vorlage)**

### **1. Gerichtsorganisationsgesetz (Wahlvoraussetzungen für Bezirksrichter)**

Die Bezirksrichterinnen und –richter werden durch das Volk gewählt. Für die Wahl wird heute keine juristische Ausbildung verlangt. An kleineren Gerichten gibt es auch heute noch sog. „Laienrichter“, die nicht Juristen sind. Mit der Gesetzesänderung wird als Wahlvoraussetzung ein juristisches Studium verlangt, das mit einem Lizentiat oder Master abgeschlossen wurde.

**Parole der Delegiertenversammlung der kantonalen EVP: Nein.** Die EVP will es weiterhin dem Volk überlassen, ob es Juristen oder Laien in die Bezirksgerichte wählen will. In zahlreichen Fragen ist Lebenserfahrung und „Weisheit“ wichtiger als ein Studium, weshalb es durchaus sinnvoll sein kann, erfahrene Personen ohne juristisches Studium zu Richterinnen bzw. Richtern zu wählen. Sie können für spezifisch juristische Fragen auf die Unterstützung durch Juristen zählen.

## Eidgenössische Abstimmungen (5 Vorlagen):

### 1. Volksinitiative „Pro Service public“

Die von der Zeitschrift K-Tipp lancierte Initiative verlangt, dass der Bund und die von ihm beauftragten Unternehmen im Bereich der „Grundversorgung“ (v.a. Bahn, Post und Telekommunikation, dh. im Bereich von SBB, Post und Swisscom) nicht nach Gewinn und Steuereinnahmen streben. Zudem sollen diese Unternehmen keine höheren Löhne zahlen dürfen als die Bundesverwaltung. Ziel ist es, dass die Tarife günstiger werden und Löhne, wie sie heute von den Chefs der erwähnten Unternehmen bezogen werden, nicht mehr möglich sind.

**Parole der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz: Nein.** Während die SBB defizitär sind, erwirtschaften Post und Swisscom grosse Gewinne zu Gunsten der Bundeskasse. Eine strikte Begrenzung dieser Unternehmen auf das Kostendeckungsprinzip würde zu massiven Ausfällen beim Bund führen. Zudem ist nicht garantiert, dass mit Annahme der Initiative die Grundversorgung tatsächlich billiger würde, weil das Kostenniveau auch stark davon abhängt, wie effizient die Grundversorgung erbracht wird. Aus Sicht der EVP soll der unternehmerische Spielraum von Post, Swisscom und Bahn nicht weiter eingeschränkt werden, auch wenn es wünschenswert wäre, dass diese Bundesbetriebe keine übertriebenen Managerlöhne mehr bezahlen.

### 2. Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“

Die Initiative verlangt ein vom Staat an alle bezahltes „bedingungsloses Grundeinkommen“, das „der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben“ ermöglicht.

**Parole der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz: Nein.** Unsere Gesellschaft beruht darauf, dass alle, die dazu in der Lage sind, selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen: durch ihre eigene Arbeitstätigkeit oder durch Geld, das sie aus der Familie besitzen. Der Staat darf nicht zum „Übervater“ werden, der für alles sorgt und den Einzelnen aus der Verantwortung entlässt. Der Staat soll nur dort helfen, wo diese Selbsthilfe nicht möglich ist und auch dort soll er in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe bieten. Auch ohne „bedingungsloses Grundeinkommen“ muss in der Schweiz niemand auf der Strasse verhungern, das System der öffentlichen Sozialhilfe sieht Leistungen vor für alle, die sich nicht selbst helfen können.

### 3. Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“ (sog. „Milchkuhinitiative“)

Während heute die Hälfte der Erträge aus den Steuern auf Treibstoffen (Benzin, Diesel) vorab für den Strassenverkehr verwendet werden müssen (Nationalstrassen, die Förderung des kombinierten Verkehrs, Kosten für Hauptstrassen usw.) will die Initiative, dass künftig der ganze Ertrag dieser Steuern für diese Aufgaben zweckgebunden ist.

**Parole der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz: Nein.** Die aus Kreisen der Autoverbände, des Gewerbeverbands und der Ölindustrie lancierte Initiative kritisiert, dass der Auto- und Lastwagenverkehr mit den Abgaben auf Benzin und Dieselöl nicht nur die Strassen finanziert, sondern auch Geld in den allgemeinen Bundeshaushalt fliesst. Mit der Annahme der Initiative würden die Treibstoffe billiger, hingegen würde Geld für wichtige Bundesaufgaben wie etwa Bildung und Gesundheitswesen fehlen. Eine Verbilligung der Treibstoffe würde zu mehr Verkehr, mehr Verbrauch und zu mehr Umweltbelastung führen. Die heutige Lösung, wonach nur die Hälfte der Treibstoffsteuern für die Strassen verwendet werden soll, stellt einen Kompromiss dar, der nach langen Diskussionen zustande kam und der sowohl finanzpolitisch als auch umweltpolitisch sinnvoll ist.

### 4. Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG)

Mit der Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes wird die Untersuchung des Genmaterials von menschlichen Samen und Eizellen und Embryos und die entsprechende Auswahl der Embryonen für die Einpflanzung in der Gebärmutter in Fällen erlaubt, wo zu befürchten ist, dass das zu erwartende Kind an einer schweren Erbkrankheit leidet, die vor dem 50. Altersjahr ausbrechen könnte. Auch die Auswahl des Geschlechts des Kindes ist zulässig, wenn dies der Krankheitsvermeidung dient.

**Parole der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz: Nein.** Nachdem der Verfassungsartikel über die Präimplantationsdiagnostik, d.h. die Untersuchung menschlicher Embryonen vor ihrer Einpflanzung in die Gebärmutter, in der Volksabstimmung angenommen wurde, haben Bundesrat und Parlament das ausführende Gesetz beschlossen. Nachdem die EVP mit ihrer Position, dass jegliche „Qualitätsauswahl“ von Embryonen verboten sein soll, keine Mehrheit gefunden hat, setzte sie sich im Parlament dafür ein, dass möglichst wenig „Menschenauswahl“ betrieben wird. Das nun vorliegende Gesetz geht nun aber sehr weit und lässt in sehr vielen Fällen zu, dass bei echten oder vermeintlichen Krankheiten Embryonen vernichtet werden. Der Bundesrat wollte in seinem Gesetzesvorschlag eine engere Regelung. Z.B. wollte er Chromosomentests verbieten. Solche sind nun aber zulässig und damit bei diagnostischer Notwendigkeit auch die Geschlechtsauswahl des Kindes. Zudem sollen die Tests bei sehr viel mehr möglichen Krankheiten erlaubt sein als vom Bundesrat vorgeschlagen. Im Ergebnis führt dieses Gesetz zu einer eugenischen Auswahl der Menschen, die noch geboren werden dürfen und zur Diskriminierung von Menschen mit erbbedingten Behinderungen.

## **5. Änderung des Asylgesetzes (AsylG)**

Um Missbräuchen im Asylverfahren besser zu begegnen will der Bund das Asylverfahren beschleunigen und neu die Asylsuchenden nicht mehr von Beginn an auf die Kantone verteilen, sondern Bundesasylzentren betreiben, wo die Asylsuchenden während des Verfahrens wohnen können und wo auch die entsprechenden Entscheide rasch getroffen und zugestellt werden können. Damit soll erreicht werden, dass Asylsuchende, die als Flüchtlinge anerkannt werden, rasch die entsprechende Bewilligung erhalten, und umgekehrt Asylsuchende, die keine echten Flüchtlinge sind, rasch wieder das Land verlassen.

**Parole der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz: Ja.** Der Bund betreibt seit 2014 in Zürich in Zusammenarbeit mit Stadt und Kanton versuchsweise ein Bundeszentrum, wie es neu in der ganzen Schweiz eingeführt werden soll. Es erlaubt eine deutliche Beschleunigung der Verfahren, weshalb es sinnvoll ist, mit der Revision des Asylgesetzes dieses Vorgehen nun in der ganzen Schweiz einzuführen. Die Kritik, dass alle Asylsuchenden einen „Gratisanwalt“ erhalten würden, zielt ins Leere, weil bereits heute alle Asylsuchenden wie alle anderen Menschen auch Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege haben, wenn dies nötig ist. Insgesamt führt das neue Verfahren nicht zu mehr, sondern zu weniger Kosten. Dass der Bund Land enteignen kann für den Bau von Asylzentren stimmt zwar theoretisch, praktisch wird dies aber kaum der Fall sein, weil Enteignungsverfahren viel zu lange dauern und der freihändige Kauf von Grundeigentum bedeutend effizienter ist.

(Zusammengestellt von zusammengestellt von Ernst Danner, a. Gemeinderat, Funkwiesenstrasse 44, 8050 Zürich, Tel. 079 782 13 62, Mail: [ernst.danner@bluewin.ch](mailto:ernst.danner@bluewin.ch))